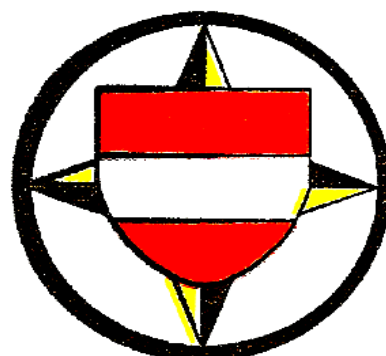


Journal für Monarchisten



Ausgabe 6

Die Privatisierung des Staates

**Kleinststaaten – Die Zukunft der Demokratie, wie es
das
Fürstentum Liechtenstein zeigt**

Praktizierbare Formen von Demokratie

Das Ziel der Demokratie

Der Nichtwähler

Die Privatisierung des Staates

Denke ich an die Elbphilharmonie, BER, Stuttgart 21, Nürburgring und die vielen von mir nicht erfassten Projekte, die Meisten werden vom Verein der Steuerzahler jährlich aufgelistet, dann habe ich nur noch das Gefühl des reinen Grauens eines Horrorfilmes, der Wirklichkeit geworden ist. Und denke ich daran, welche menschlichen Probleme in unseren reichen Ländern herrschen, von denen ich nie erwartet hätte, daß es soweit kommt, dann bleibt bei mir nur noch eine tiefe Scham übrig.

Mit einer pathologischen Umverteilungssucht und Ausbeutung, welche ich nur noch als Zuhälterei bezeichnen kann, werden unsere Länder nur noch zum Supermarkt der Politik. Bürger, wenn Du mich wählst, dann bekommst Du einen Euro. Doch nach der Wahl wird dafür dem Bürger erst einmal zehn Euro weggenommen, damit dieser eine Euro dem Bürger wieder gegeben werden kann.

Gib einem Politiker einen Euro, dann hast Du zehn Euro Schulden, gibst Du ihm zehn Euro, dann hast Du hundert Euro Schulden, gibst Du ihm hundert Euro, so sind Deine Schulden schon bei tausend Euro und wenn Du ihm dann tausend Euro gibst, sind es schon zehntausend Euro an Schulden und was darüber hinaus geht, sind dann die nachkommenden Generationen, die heute bereits verkauft werden in die Sklaverei, weil das Geld wichtiger ist, als die Menschen.

Und wenn ich in der ganz normalen Wirtschaftswelt so handle, so meine Geschäfte mache, dann bin ich schneller im Gefängnis, als ich mitbekomme, warum. Denn, wenn ich eine Bauunternehmen hätte und so baue, wie die öffentliche Hand es macht, das billigste Angebot, meistens nach Absprachen der Bieter, den Zuschlag bekommt, steht in jedem Vertrag, dass unvorhergesehene und nicht kalkulierbare Kostensteigerungen zu Lasten des Auftraggebers, also der öffentlichen Hand gehen. Nur,

im privaten Bereich, wenn ich für einen Bauherren ein Gebäude errichte, dann hafte ich dafür und werde schneller wegen aller möglichen Straftaten verurteilt, auch wenn ich wirklich nichts dafür könnte. Aber ich hätte mich an einen Rahmen zu halten und schlüsselfertig das Objekt zu übergeben, damit ich mein Geld erhalte. Nur bei der öffentlichen Hand, da gelten andere Gesetze, oder wie sonst sollte ich es verstehen?

Der Staat kann nicht wirtschaften, das wissen wir Alle. Zudem, es ist ein Unterschied, ob ich Allgemeingut privatisiere oder im Auftrag des Staates und für den Staat privat arbeite und wirtschaftete. Denn die Allgemeingüter, wie Wasser im absolut Besonderen, dürfen und können niemals in private Hände gegeben werden, aber der Umgang damit kann sehr wohl durch Private erfolgen. Hier ist auch das Beispiel der Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien zu erwähnen, weil diese Privatisierung völlig danebengegangen ist. Trotzdem ist die Privatisierung des Staates eine Voraussetzung, daß wir eine Zukunft haben werden, welche noch vielen Generationen nach uns heute eine Grundlage sein werden wird.

Durch die Privatisierung des Staates wird der Staat selbst lernen müssen, dass er als Erster auf das verzichten muß, was er seinen Bürgern abverlangt. Denn der Staat hat den Systemfehler, dass er Geld ausgibt, welches er nie selbst durch Leistungen sich verdient hat, sondern nur Schulden macht und die Bürger als Bürgen in eine Zwangsverpflichtung nimmt. Daraus ergibt sich, wenn das Wasser verkauft wird, damit der Staat Einnahmen erhalten kann, zerstört der Staat selbst seine Existenzberechtigung, weil er seine eigenen Aufgaben nicht mehr wahrnimmt für seine Bürger die Versorgung sicherzustellen. Denn Private sehen das Wasser nur als gewinnbringendes Geschäft an und somit werden die Menschen auf der Strecke bleiben. Aber auch die Tatsache, daß Private, wie in Großbritannien mit der Eisenbahn, nur das schnelle Geld machen

wollen, ist dieses Verhalten deswegen nachvollziehbar, weil der Staat auch nur darauf achtet, wie er abschöpfen kann.

Im Gegensatz zum Staat muß jeder Private seine Ziele definieren, damit das Geschäftsmodell Kreditwürdigkeit erhält. Nur der Staat, bei dem sieht jeder nur darauf, daß dieser funktioniert und für den Einzelnen einen Nutzen bringt. Denn beim Privaten ist eine gesetzliche Gewährleistung vorgeschrieben, nur beim Staat gilt dies nicht. Und dennoch, es ist möglich, wenn Private die Aufgaben des Staates übernehmen. Dabei aber kann dann der Staat nicht mehr abschöpfen, sondern die Privaten erfüllen die Aufgaben und Aufträge, die der Staat vorgibt. Nur die Umsetzung dieser Aufgaben und Aufträge enthebt dann den Staat von dem Recht Steuern von diesen Unternehmen zu verlangen. Dafür erhalten die Unternehmen auch keine Subventionen mehr.

Damit fallen auch die sogenannten Haftungen für angebliche systemrelevante Unternehmen, also Banken und ähnliche andere Unternehmen, weg. So würden dann auch diese Unternehmen so wirtschaften, dass sie nicht in Konkurs gehen, denn sie haben keine Sicherheit mehr durch den Staat. Die Einsparungen für den Staat sind derart relevant, daß die staatliche Buchhaltung und Bilanz völlig anders aussehen würde. Natürlich müssen mit der Privatisierung des Staates auch grundsätzliche strukturelle Änderungen erfolgen, die zum Einen teilweise die Politik entmündigt und entmachtet und daher diese auf die relevanten und grundsätzlichen Aufgaben einschränkt, zum Anderen die Demokratie derart aufwertet, nach dem Vorbild der Schweiz, daß Verhaltensweisen, wie bei Stuttgart 21 und den anderen großen wahnhaften Projekten nicht mehr möglich werden.

Wenn Private solche Großprojekte machen wollen, dann kann die Politik nur entscheiden, ob die Privaten dürfen oder nicht. Jedenfalls, wenn weiterhin die Politik selbst derartige Großprojekte machen will, dann hat die Politik die Verträge so abzufaßen,

daß die Unternehmen, die daran verdienen wollen, diese Großprojekte schlüsselfertig übergeben werden. Ohne jedoch weitere Zahlungen zu leisten. Solange wir aber davon mit einer Sicherheit ausgehen können, wenn eine veranschlagte Summe nach Erteilung des Auftrages sich mindestens verdoppeln, eher verdrei- oder sogar vervierfachen, dann stimmt es mit diesem System nicht mehr. Denn Private werden eingesperrt, wenn sie so arbeiten und haben auch nicht die Steuerzahler hinter sich.

Damit aber in Zukunft nicht die ganzen Staaten durch eine Mißwirtschaft zu Grunde gerichtet werden, muß der Staat privatisiert werden. Wir haben genügend Vorbilder aus der Vergangenheit, wie besonders die Zünfte und Gilden, welche die Stände repräsentierten. Danach könnte eine Demokratie neu aufgebaut werden, die die Bezeichnung Demokratie verdient, weil dann wirklich alle Schichten und Interessen vertreten wären. Aber der größte Feind der Demokratie ist die Bevölkerung. Demokratie spielen die Politiker, nur das Volk selbst wird ausgeschlossen.

Denn gerade die Politik, die Politiker glauben wirtschaften zu können, weil sie nicht die eigene Verantwortung wahrnehmen müssen, da es nie um ihr eigenes Geld geht, welches für Projekte ausgegeben wird, wofür jeder normale Bürger wegen Betrugs und Veruntreuung verurteilt und eingesperrt wird. Da aber die Dummheit über Allem steht, denn der Begriff Privatisierung ist das Eine, das Andere ist, was da-runter verstanden und wie dieser Begriff angewendet wird.

Jedenfalls ist die Privatisierung nach meinen Vorstellungen des Staates eine völlig andere Sache, als was das allgemeine Verständnis darunter sieht. Schwarz und Weiß sind die End-, die Grenzfarben des Farbenspektrums und dazwischen gibt es eine fast unendliche farbige Möglichkeit an Kombinationen. Nur die derart feinen Unterschiede der Farben auf dieser Skala erkennen wir nicht, obwohl sie vorhanden sind. So ist rot

nicht gleich rot, blau nicht gleich blau, gelb nicht gleich gelb und so weiter. Und übertragen auf die Privatisierung des Staates heißt das, daß Privat nicht gleich Privat ist.

So ist schon auf der einen Seite die Politik selbst in jenem Umfang zu entmachten, welcher der Politik den Einfluß auf und bei der Umsetzung besonders bei Bauvorhaben derzeit nimmt. Was mit den Großprojekten geschehen ist, dafür ist einzig und alleine die Politik verantwortlich, eigentlich jedoch jeder Stimmbürger persönlich. Denn wer wählt diejenigen, die derartige Schäden anrichten? Der Wähler und die Nichtwähler. Zudem, die Politik kann beschließen, was gemacht werden soll, aber die Umsetzung sollen dann diejenigen machen, die davon eine Ahnung haben.

Und wenn eine Kalkulation steht und ein Unternehmen den Zuschlag bekommt, dann ist ein Bauvorhaben zu diesem Preis schlüsselfertig zu dem genannten Termin zu übergeben. Da gibt es keine Diskussion. Die Qualität wird vor der Bezahlung überprüft und die Unternehmen werden dann solange auf ihre Kosten die Mängel beheben, bis das Objekt funktionstüchtig fertig ist. Ist das Bauprojekt früher fertig, dann macht das Unternehmen mehr Gewinn, verzögert sich die Fertigstellung, dann geht dies zu Lasten des Unternehmens. Einfach so, wie in der Privatwirtschaft.

Da der Staat von Beamten und Politikern geführt wird, soweit, so gut, bedeutet dies keineswegs auch automatisch, daß dieser Personenkreis auch geeignet ist, das zu tun, was bei den Privaten erwartet und gefordert wird. Während den Privaten durch immer mehr Gesetze die uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit entzogen wird, viele Gesetze haben sehr wohl ihre Berechtigung, weil die Rahmen zum Schutz der Konsumenten Sinn machen, aber wenn der Staat selbst zum Auftraggeber wird, dann nimmt genau dieser Staat das nicht wahr, was von den Privaten abverlangt wird und zugestanden, sondern der Konsumentenschutz für den Steuerzahler fällt großzügig weg.

Aber das betrifft nicht nur die Bauwirtschaft, das betrifft mehr oder weniger alle Bereiche im Staat. Zweierlei Maß ist das Eine, die Ignoranz und Arroganz des Staates gegenüber den Bürgern das Andere. So werden zwar großmäulig im Interesse der großen Unternehmen Programme angekündigt, auf die mittleren und kleinen Unternehmen dabei keine Rücksicht genommen, denn, wenn etwas schief geht, schließlich gibt es ja den Steuerzahler, der zur Kasse gebeten werden kann. Aber die mittleren und kleinen Unternehmen das machen zu lassen, was sich der Staat herausnimmt, das kommt nicht in Frage.

Nun, während ebenso groß gejubelt wird, wenn es hundert neue Arbeitsplätze gibt, verschweigen die Politiker allzu gerne die vielfach freigesetzten Arbeitsplätze, die von den Unternehmen nicht mehr gehalten werden können, weil ja der Staat nur Augen für große Unternehmen hat. Aber gleichgültig, was die gesamten Wirtschaftstheorien auch immer besagen, es bleibt so, nur die vielen kleinen und mittleren Betriebe schaffen das, was die Großen vielleicht finanziell günstiger schaffen, aber nicht in der gleichen Qualität, wie es die kleinen und mittleren Betriebe können. Es mag die Errichtung sicherlich billiger sein, wenn rationell von Großen etwas errichtet wird, jedoch verschweigt man auch hier aus sehr gutem Grund die Folgekosten. Dann schon lieber teurer von kleinen und mittleren Betrieben länger an einem Bau arbeiten lassen, dafür aber auch viele Jahre ohne Probleme.

Zudem, wenn die Politik Vollbeschäftigung haben will, dann wird auch der Staat auf sehr Vieles verzichten müssen. Denn die Systemfehler dogmatisch zu erhalten, weil es den Politikern und Parteien einen Nutzen bringt, schafft nur weitere Probleme, die sich selbst vergrößern und nicht mehr zu lösen sind. Und jeder Lösungsversuch durch die Politik endet immer in Gesetzen, die auch nur die Fixierung eines momentanen Zustandes ist, aber nicht zukünftige Lösungen erlauben.

So ist in der Landwirtschaft durch das derzeitige System eine de facto Verstaatlichung eingetreten, die jedoch wieder nur Großkonzernen übergeben wird. Denn alleine schon die Tatsache, daß genetisch veränderte Mittel durch die Politik zugelassen werden und im Wissen darum, daß solcherart sich durch Wind und Wetter verbreitetes manipuliertes Samenmaterial auf Böden fällt, die nicht mit solchem Material arbeitet und dann den Bauern Lasten aufzuerlegen, weil dieses genetisch veränderte Samenmaterial patentiert wurde und somit die Großkonzerne darauf Lizenzgebühren einheben dürfen, sowie die Bauern dazu nötigen können, nur ihr Saatgut zu kaufen, ansonsten sie solange verklagt werden, bis die Bauern Pleite sind.

Für mich sind besonders Großunternehmen, Großkonzerne schon ein privater Staat im Staat. Nur die Kleinen und Mittleren können nicht ihre Kapazität so ausbauen, wie sie es könnten. Wie sollen in diesen Größenordnungen die Unternehmen nach ihren Möglichkeiten forschen, experimentieren und testen, was sie könnten, wenn die Belastungen mehr oder weniger auf deren Schultern liegen? Die Großen drohen zunächst einmal mit Entlassungen und schon bläst die Politik diesen Alles in den A... und hofiert sie. Dabei rationalisieren zuerst die Großen, die Kleinen und Mittleren gehen dafür sofort Pleite.

Nein, der Staat muß privatisiert werden, weil auch die Menschen wieder davon abgebracht werden als Konsumenten den Staat zu begreifen. Wer Etwas will, soll zuerst einmal selbst versuchen das zu erreichen, was der Einzelne will. Also die Arbeit oder die Beschäftigung zu belohnen, wenn auch die Allgemeinheit einen Nutzen

oder Vorteil davon hat. Und das hat absolut nichts mit der Freiwilligkeit zu tun, sondern einzig und alleine mit der Verantwortung des Bürgers gegenüber dem Staat. Und der Staat hat zu lernen auf sehr Vieles zu verzichten. Besonders auf Steuern und Abgaben. Denn, was der Staat nicht ausgeben muß, braucht er auch nicht bei den Bürgern und Steuerzahlern abzuschöpfen. Zudem funktioniert der Staat besser ohne die Einmischung durch die Politik.

In den letzten 60 Jahren hat die Politik nur Eines geschafft, dem Bürger beizubringen, daß er nur ein Konsument des Staates ist und sonst das Maul zu halten hat. Es wurde mehr die Bequemlichkeit gefördert, als die Talente, die vorhanden sind. Dazu haben die Medien, so sehr sie recht haben auf ihr Recht der Pressefreiheit zu pochen, dennoch als, wie es Lenin sagen würde, nützliche Idioten einer Entwicklung permanent den Weg bereitet, der uns in die gegenwärtige Lage gebracht hat. Ich frage mich schon lange nicht mehr, was Alles verschüttet wurde an Fähigkeiten und Ideen.

Und wenn der Staat schon keine Rücksicht nimmt, dann kann der Staat nur privatisiert werden, damit zum Einen die Leistungsfähigkeit der Bürger freie Bahn hat und zum Anderen die Bürger selbst für ihren Zustand verantwortlich werden. Statt Subventionen, die auch nicht mehr als eine Form der Korruption sind, ergibt das eigene Tun und Handeln völlig neue Chancen und Möglichkeiten für die Bürger. Das einzige Problem dabei ist und bleibt die Frage zu beantworten, wie reif sind eigentlich die Bürger für die Demokratie und das eigenständige Denken und Arbeiten? Doch das ist nicht mein Problem. Aber Alle können sagen, was im Staat privat gemacht werden kann.

Kleinststaaten – Die Zukunft der Demokratie, wie es das Fürstentum Liechtenstein zeigt

Es mag widersinnig erscheinen, wenn ich die Theorie aufstelle, daß die Rettung der Demokratie nur darin zu sehen wäre, wenn wir zum Einen die Monarchien wieder haben und zum Anderen zurückgehen zu Kleinststaaten. Denn, je größer das Gebilde Staat ist, desto weniger ist Platz für eine gelebte und lebbar Demokratie. Denn es setzt auf jeden Fall immer eine Überschaubarkeit voraus. So, wie es im Fürstentum Liechtenstein der Fall ist.

Gut, mit dem Fürstentum Liechtenstein setzt der einfach denkende Mensch ausschließlich zuerst einmal Steueroase und Steuerhinterziehung gleich. Aber das ist für mich auch nur der Ausdruck von Neid und Gier, besonders von der Politik. Doch das Fürstentum Liechtenstein ist weit mehr, als nur Finanzplatz. Es ist ein Beweis, wie Fürst und Volk funktionieren. Denn in der Verfassung steht, Fürst und Volk bestimmen und damit sind sowohl der Landtag, wie auch die Regierung sowohl dem Fürsten, wie auch dem Volk verantwortlich.

In allen anderen Ländern, außer der benachbarten Schweiz, grenzen sich die Politiker mit ihren Gremien der Demokratie vom Volk ab, wie nun der Zustand es uns in Europa immer deutlicher zeigt. Da jedoch die Vorteile weit größer wären, wenn wir Kleinststaaten haben würden, weil diese das Notwendige vor Ort wesentlich besser erledigen können, als in Zentralstaaten, kann auch von diesem Modell ausgehend der Gedanke weiter entwickelt werden.

Und da können wir Italien heranziehen. Denn in Italien haben die Regionalparlamente weit mehr Kompetenzen, als allgemein hin angenommen wird. Denn das meiste Geld liegt in den Regionen und Provinzen. Hier ist der Vorteil besonders bei der Umsetzung von Projekten hervorzuheben, denn zum Beispiel Straßen- und Eisenbahn-

bau kann nur vor Ort so geplant werden, wie die Bedürfnisse es erfordern.

Dabei hindern Kleinststaaten keineswegs zentrale Einrichtungen, besonders Einrichtungen, die für die Sicherheit zuständig sind, trotzdem zentrale Archive zu unterhalten, die für eine effiziente und auch effektive Arbeit geboten sind. Denn es geht bei den Kleinststaaten in keinem Fall um die Befriedigung der Eitelkeiten, der nationalistischen Vorstellungen, sondern um die politische Arbeit, die ganz besonders die regionalen Eigenheiten und Entwicklungen in den Mittelpunkt stellen können, damit nicht die geistig und sonstig schwachen Regionen Alle hindern oder gar in den Abgrund ziehen.

Zudem, die Verantwortlichkeit in die Regionen zu übertragen bedeutet auch, dass vor Ort die Politik und die Politiker jederzeit zur Verantwortung gezogen werden könnten und sie nicht hinter Ausreden, daß wer auch immer sich quer legt. Es wäre daher auch eine Möglichkeit, daß die Unfähigkeit der Politiker in einem Zentralstaat mit Geld umzugehen, derart eingeschränkt werden könnte, weil Regionen sich gegenseitig direkt mit Krediten und anderen Hilfsleistungen gegenseitig unterstützen könnten.

Nur als Beispiel. Weder Wien, noch Berlin, noch Bern haben eine reale und konkrete Vorstellung, wie im Bodenseeraum die Verkehrsproblematik am besten gelöst werden könnte, aber die betroffenen Länder und Gemeinden. Wenn daher diese gemeinsam planen und beschließen, wie was gemacht werden sollte, dann ergibt es Lösungen, die auf die Menschen vor Ort Rücksicht nehmen und zudem auch die Wirtschaft vor Ort durch die Umsetzung fördern und gleichzeitig kontrollieren ließen.

Doch ebenso ist die Steuerhoheit vor Ort von jenem Vorteil gegenüber dem Zentral-

staat, daß immer weniger Steuermittel für den Größenwahn der Politik verwendet werden kann, weil in Kleinstaaten die Demokratie wesentlich leichter sich umsetzen ließe und daher das Volk über die öffentlichen Ausgaben mitbestimmen kann, wie es in der Schweiz selbstverständlich ist und daher sinnlose Ausgaben fast nie erfolgen. Doch es gehört auch hier ein elementarer Systemumbau, vom Steuersystem bis zur Verteilung der Steuern von unten nach oben.

Die Steuerverteilung kann nur von unten nach oben erfolgen, wenn wir als Ziel die Entschuldung der Staaten im Auge haben. Zudem sind alle Systeme kompatibel zu gestalten und somit bleibt dann nur der Länderspezifische Steuersatz unterschiedlich. Damit sind jedoch auch die gesamten Strukturen des Staates neu zu denken und in Modellen auszuarbeiten. Diese Modelle sind zuerst zu errichten, dann kann erst die Kritik am Staat angebracht werden. Nur dagegen zu sein ist das Eine, das Andere ist aber mit Modellen das alte System sofort ersetzen zu können.

Und da jedes funktionierende System, welches einen gesunden Staat ergeben soll, nur im Kleinen erfolgen kann, beruhen daher alle Modelle auf Kleinstaaten. Nur hier ergibt sich jene Übersicht, die auch eine funktionierende Demokratie ermöglicht und nicht in der Anonymität der Masse untergeht. Denn so schaffen und geben wir dem Subsidiaritätsprinzip einen Sinn und eine reale Funktion. Zudem können Fehler, Fehlentwicklungen und andere Schwachstellen von Zentralstaaten verhindert, behoben und reduziert werden.

Das Kleinstaatenprinzip bedeutet jedoch in keinem Fall, daß die über die Kleinstaaten gehenden Interessen innerhalb eines Gesamtstaatsverbandes auch an die Kleinstaaten übergehen sollen. So gehören das Paßwesen und die Polizei in die übergeordnete

Ebene, wie auch das Militär und die Finanzen. Doch Alles, was vor Ort die Probleme schafft, die Menschen konkret und direkt betrifft, die sind nach unten abzugeben. Dennoch, haben jene Gesetze im übergeordneten Interesse, wie Umweltrahmenbedingungen und die anderen allgemeingültigen Gesetze, die im allgemeinen Interesse sind, sind auch vom Gesamtstaat zu beschließen. Jedoch dürfen und können diese Gesetze immer nur die grundsätzlichen und groben Rahmenbedingungen sein, die dann in den Kleinstaaten nach den vorhandenen Gegebenheiten dann im Detail zu beschließen sind und umzusetzen.

Sicher, wer Kleinstaat hört, denkt sofort an eine Zersplitterung. Einen Bundesstaat mit vielen kleinen souveränen Einheiten, kann sich heute nur noch ein sehr kleiner Kreis vorstellen, die den Vorteil in Kleinstaaten als praktikierbare Verwaltungseinheit sehen. Denn die Möglichkeiten eines Kleinstaates liegt auch darin, daß Gesetze nicht eine erstarrte momentane Willensäußerung sind, die fast ausschließlich aus und durch die menschliche Dummheit entsteht, sondern flexible und anpaßungsfähige Gesetze, die durch entsprechende ausführende Vorschriften in den Kleinstaaten umgesetzt werden können und zwar nach dem Bedarf vor Ort.

Doch ein Vorteil haben Kleinstaaten zudem, welcher nicht in Gesetze geschrieben festgelegt werden können. Identität und Einheit bilden. Das führt auch dazu, daß damit die Demokratie lebendig gemacht werden kann, weil in jedem Kleinstaat durch die Überschaubarkeit die Demokratie praktikierbar wird. So verhält es sich genauso mit der Idee des Kommunismus, welcher von der Idee her ausschließlich nur in Klöstern praktikierbar ist, weil hier die Freiwilligkeit die Grundlage ist. Und die Demokratie braucht die Überschaubarkeit. Aber diese Überschaubarkeit kann es nur in Kleinstaaten geben.

Praktizierbare Formen von Demokratie

Demokratie alleine als Denkform ist das Eine, die praktische Nutzung von Demokratie ist das Andere. So sinnvoll Demokratie auch als Denkmodell ist und erscheint, so schwierig ist die Praxis. Denn die Praxis hängt von weit mehr Faktoren ab, als der Gedanke selbst. Vor allem schon deswegen, weil die Demokratie in ihrer reinsten Form voraussetzt, daß Alle daran teilnehmen und in gleicher Weise mit den gleichen Rechten und Pflichten die Demokratie am Leben erhalten.

Dies wird jedoch immer nur ein Wunschtraum bleiben, weil es nicht nur allgemein machbar ist, sondern es von Allen das gleiche Grundniveau an Reife und Interesse verlangt, was in der Wirklichkeit nicht gegeben ist. ein anderes Faktum ist, daß mit zunehmender Größe des Gebietes und der Masse an Menschen die Demokratie an Machbarkeit verliert. Denn je größer das geographische Gebiet ist, desto schwieriger wird die Durchführung von Demokratie, wie sie sein sollte, sowie mit der Größe an Masse von Menschen, die an der Demokratie teilnehmen sollen, die sinnvolle Umsetzung der Willensbildung abnimmt. Denn in der Demokratie hat jede Person das gleiche Recht und die gleiche Pflicht die Demokratie zu nutzen. Nur nimmt die Wahrnehmung der Interessen des Einzelnen mit der Größe der Masse ab.

Je kleiner die Einheiten sind, in der Demokratie praktiziert wird, desto intensiver und sinnvoller ist Demokratie praktizierbar, weil damit die Überschaubarkeit gewährleistet ist. Und die Demokratie kann nur immer der direkte Kontakt der Menschen zu allgemeingültigen Zielen und nicht Interessen von Teilen (Parteien) sein. Eine solche Aufsplitterung der Demokratie in Teile von Interessen hat mit Demokratie nichts mehr zu tun, sondern ist nur noch

eine Scheindemokratie, für die das Volk als Alibi für die Teile oder Parteien dient.

Jedoch kann und muß die Demokratie selbst aufgeteilt werden und zwar nach Ebenen, welche von den Zielen sich unterscheiden. Denn es ist ein Unterschied, ob auf der Gemeindeebene Projekte und Ziele für die Allgemeinheit verfolgt werden oder auf Landesebene oder gesamtstaatliche Interessen vorliegen. In der Antike war es leicht eine Demokratie zu entwickeln, weil es damals nur Stadtstaaten gegeben hat, im Gegensatz zu heute, wo die Staaten in Länder und Gemeinden unterteilt sind.

Sicher, die Aufgaben sind relativ gut definiert, aber keinesfalls Dogmen, sondern immer nur vorläufige Richtlinien. Das heißt, solange nicht bessere Definitionen gegeben sind, bleiben die bisherigen bestehen. Aber das bedeutet auch, daß permanent an den Definitionen gearbeitet werden muß, damit immer das Bessere die Möglichkeit hat das Gute zu ersetzen. Es darf jedoch damit nicht die Definitionen zum Spielball für die Demokratie werden und die Demokratie zum Spielfeld für Interessen. Vielmehr kann und wird so aus der Demokratie auch der Wille des Volkes zur Realität, wenn die Funktionäre der Demokratie nur als Funktionäre für die Demokratie dienen.

Somit ergibt sich daraus für die Demokratie selbst der Grundgedanke, daß die Demokratie eine Verpackung dafür ist, daß innerhalb dieser Verpackung zwar Alles denkbar und möglich ist, jedoch die Demokratie nur und ausschließlich dafür zu sorgen hat, daß die Inhalte auch von Allen beschlossen werden kann. Denn derzeit verwenden Interessen die Demokratie für ihre Zwecke, wozu die Demokratie nicht zuständig ist. Da die Interessen selbst darüber bestimmen, über was das Volk abstimmen

darf oder nicht, kann wohl von Demokratie nie die Rede sein. Und solange die Demokratie an die Interessen angepaßt wird, kann auch mit der Demokratie Etwas nicht stimmen. In einer echten und funktionierenden Demokratie werden die Interessen in die Verpackung Demokratie gebracht, vorgestellt und zur Abstimmung gebracht und nicht umgekehrt, daß die Interessen nur dann abstimmen lassen, wenn es ihnen zu unangenehm wird die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Sicher können die Landsgemeinden, wie sie in der Schweiz abgehalten werden nicht so bei uns übernommen werden, jedoch das Prinzip der Abstimmung von unten nach oben sehr wohl. Deshalb wäre es von Nöten, daß bei uns, wie in der Schweiz, viermal im Jahr ein Abstimmungstag eingeführt wird, an dem über die Vorlagen vom Stimmbürger entschieden wird. Von den Gemeindeangelegenheiten bis hin zu Bundesangelegenheiten. Hier wäre nur darauf zu achten, daß die Fragen, über welche abgestimmt werden soll, so abgefaßt werden, daß es nicht zu suggestiven Fragestellungen kommt, sondern klar und unmißverständlich der Stimmbürger sein Votum abgeben kann.

Aber dies wäre sowieso nur ein Teil der Demokratie, wie sie sein müßte, damit die Bezeichnung Demokratie zu Recht bestünde. Mehr als nur die Abstimmungstage ist die derzeitige Form und Art der Demokratie strukturell umzubauen, damit nicht mehr die Parteien bestimmen, über was der Bürger abstimmen darf, sondern die Parteien nur noch das umzusetzen haben, was der Stimmbürger genehmigt. Denn die Demokratie ist nicht der Schutzmantel für die Interessen von Parteien, sondern die Art und Weise, welche Ziele die Funktionäre zu erfüllen und erreichen haben.

Daraus stellt sich die Frage, wie weit darf der Stimmbürger wirklich mitwirken an dem Geschehen? So ist festzustellen, daß immer erst dann, wenn es Bürgerinitiativen gibt, sich die Politik genötigt sieht sich mit

den Interessen der Bürger auseinander zu setzen. Sicher, bei den meisten Vorhaben werden die Pläne in den Gemeinden aufgelegt und die Bürger haben die Möglichkeit sich zu informieren und gegebenenfalls ihre Einsprüche gelten zu machen. Vielleicht ist dies ein Schritt in die Richtung Demokratie. Doch es gäbe dazu noch andere Möglichkeiten. Nämlich die Anhörung vor den entsprechenden Ausschüssen. In diesen Ausschüssen treffen die Interessen aufeinander und es käme vor der Umsetzung dazu, daß die wirklichen Interessen bekannt werden und nicht immer erst, wenn Etwas geschehen ist, was nur sehr schwer oder gar nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

So ergibt sich hier auch die Chance für die Bürger, direkt die Politiker zu den einzelnen Themen zu befragen, warum sie Etwas so oder so machen wollen. Vor allem in Bezug auf die Steuern und Abgaben, die schließlich die Bürger zahlen sollen, damit Andere sie ausgeben können. Zudem könnten die Bürger so der Kostenwahrheit näher kommen, weil sie ihre Abgeordneten direkt zur Verantwortung ziehen könnten. Und die Politiker selbst müßten dann sehr gute Gründe anführen, warum sie Etwas anders machen, als die Bürger es sich vorstellen.

Damit dies in einem ordentlichen Rahmen ablaufen kann, wäre nur eine Ordnung zu erstellen, wie die Anhörungen und Fragen vorgetragen werden könnten. Vorstellbar dazu wäre, wenn es Stellen gäbe, die nicht von Parteien und Politikern besetzt werden können und dürfen, eine Art Volksanwalt, der nur die Fragen und Anträge sammelt, die dann vorgetragen werden. Daneben jedoch können jeweils bis zu drei Befürworter und Gegner benannt werden, die ebenfalls das Rederecht haben. Es geht dabei nicht darum, daß allen anderen dieses Recht verweigert werden soll, sondern, damit Etwas nicht ausufert.

Der Vorteil hier wäre, daß durch die Tatsache, nicht jedermann die Fähigkeit hat sich so auszudrücken, daß die Anliegen Wirkung zeigen, sich auch Viele sehr leicht von

Anderen den Mut nehmen lassen oder vielleicht der Sache mehr schaden würden, deshalb sollte dies von redegewandten Personen als Wortführer übernommen werden.

Die Auswahl dazu hat aber der Bürger selbst. Denn er kann und soll nur denen sein Anliegen übergeben, zu dem er oder sie Vertrauen hat.

Das Ziel der Demokratie

Solange die Demokratie als das einzig und allein seligmachende System gepriesen wird, ist die Demokratie auch so zu handhaben, daß der Stimmbürger seinen Willen in der Wirklichkeit wiederfindet. Es wird sicher jedem klar sein, daß es keine reine Demokratie in der heutigen Zeit geben kann, weil die Gebiete, in denen die Demokratie gilt, zu groß sind. In der Bedeutung von Demokratie kann diese nur dann wirklich funktionieren, wenn die Überschaubarkeit gewährleistet ist. Also in kleinen Einheiten und Gebieten.

Dazu kommt noch, daß mit der zunehmenden Größe der Gebiete, in denen die Demokratie praktiziert werden soll, sowohl die Überschaubarkeit fehlt, wie auch die Kontrolle der handelnden Personen. Das heißt, hier muß die Demokratie in Mischformen aufgeteilt werden, die immer die untergeordneten Ebenen beinhaltet und die übergeordneten Ebenen kontrolliert, wie auch den Willen der Stimmbürger nach oben durchsetzt.

So empfiehlt es sich, wenn Zwischenebenen eingeführt werden würden, wie Regierungsbezirke oder Provinzen, die ein eigenes Parlament haben. Denn damit wäre es möglich die Demokratie zu einem föderalen System zu machen, statt immer stärker zu einem zentralistischen System zu werden. Von diesen Zwischenebenen werden die Anforderungen festgestellt, die dann die übergeordnete Ebene behandeln kann. Denn, je zentraler die Entscheidungsebene ist, desto anfälliger ist sie für Korruption. Auf der Zwischenebene ist die Überschaubarkeit wesentlich größer und besser. Besonders dann, wenn es um öffentliche Aufträge geht.

Überhaupt muß das Geld der Steuerzahler dort verwaltet werden, wo die Steuerzahler sind, nicht in einem undurchdringlichen bürokratischen System, welches zentral sich vom Bürger abschottet. Da die Umsetzung von Projekten immer vor Ort erfolgen wird, so ist es nur logisch, daß auch die Entscheidungen vor Ort getroffen werden müssen und nicht an Schreibtischen irgendwo. Zudem könnten dann auch die Ausschüsse und Anhörungen sinnvoll werden.

Der größte Feind der Demokratie ist der Demokrat, der die Demokratie praktizierbar und lebendig haben will, also derjenige, der die Strukturen und Möglichkeiten der Demokratie wahrnehmen will. Denn genau das ist es, was diejenigen stört, die die Demokratie dazu verwenden, sich durch die Demokratie den Anschein von Legalität zu verpaßen, damit das, was sie machen, immer auf den sogenannten Willen des Wählers abwälzen können.

Wie sonst wäre es zu erklären, daß sich die Parteien auf Entwicklungen einigen, die das Wesen des gesamten Staates nachhaltig verändern und die Grundrechte und Grundfreiheiten derart in Gefahr bringen, ohne das Volk selbst zu befragen? Es ist genau das Verhalten vieler Politiker, die die Freiheit zu schützen vorgeben, indem sie die Freiheit zuerst abschaffen, damit sie das Volk kontrollieren können, weil ja angeblich die Freiheit in Gefahr ist. Dabei ist die Freiheit nur der Grund für deren Abschaffung die Politiker sorgen, damit ihre Interessen gewahrt bleiben und das Volk selbst wieder in den Zustand der Feudalherrschaft versetzt wird.

Freiheit ist zwar das größte Gut, das ein Volk haben kann, jedoch setzt dies voraus, daß die Eigenverantwortung der Bevölkerung wahrgenommen wird. Nur ist dies deswegen unmöglich, weil sich die Politik dazu hergibt, erst die Gesellschaften zu zerstören, das Volk ausnimmt, wie Zuhälter ihre Prostituierten, um dann über bürokratische Maßnahmen und Hindernisse einen geringen Teil des abgenommenen Geldes wieder der Bevölkerung unter fadenscheinigen Gründen zurückzugeben.

Durch falsche Informationen werden die Menschen dazu gebracht, Parteien zu wählen, die versprechen, daß die Menschen mehr Geld bekommen werden. Sicher mag dies ein wohllöbliches Ziel sein, doch die Parteien können davon ausgehen, daß sich die Mehrheit auf diese Art und Weise kaufen läßt. In anderen Fällen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Korruption. Denn, wer zahlt das, was die Politiker und deren Parteien versprechen? Die Bürger selbst. Warum also sollen die Stimmbürger Etwas wählen, wenn sie ohne Umwege über die Politik, das Finanzamt oder andere Einrichtungen dann mehr Geld behalten können, wenn ihnen nicht zuerst Alles genommen wird?

Stellen wir uns einmal vor, daß das Geld, was für die Wahlwerbung ausgegeben wird in einen allgemeinen Fond eingezahlt würde, von dem aus viele Projekte finanziert werden würden, die arbeits- und beschäftigungswilligen Menschen durch viele Möglichkeiten eine Arbeit oder eine Beschäftigung ermöglichen könnte. Dies gilt auch für das AMS, das Geld verschleudert, damit die

Statistik geschönt wird, weil Umschulungen keine Arbeitslosigkeit bedeutet. In beiden Fällen stehen die Interessen gegen die Interessen der Wirtschaft.

Also fragt man sich, dumm, wie nun einmal der Stimmbürger ist, wem nützt das? Denn statt die Berge mit Seilbahnen und Liften zu zerstören, bei dem derzeitigen Klimazustand, bei dem niemand wissen kann, wie schneesicher die Berge noch sind, könnten auch genauso gut Garten- und Parkanlagen errichtet werden. Doch da schreit dann die Gewerkschaft wieder, es wäre Ausbeutung, wenn die Menschen mit Handarbeit so etwas errichten würden.

Warum wandern soviele Unternehmen ab in Länder, die weniger Einmischung von außen haben und zudem die Kosten billiger sind? Zugleich wollen wir selbst nur billiger einkaufen und dennoch mehr verdienen. Sicher ist dies eine legale Vorstellung, die jedoch nie zusammengeht. Denn, wer soll die Kosten für die Arbeitnehmer zahlen, wenn nicht der Kunde eines Produktes? Und welches Unternehmen wirtschaftet von vornherein auf Null in der Bilanz?

Trotzdem könnten sich viele Nonprofitunternehmen etablieren, die für Arbeit und Beschäftigung sorgen könnten, wenn hier nicht auf demokratische Weise der eigene Vorteil die Entscheidungen beeinflusst. Gewählt wird die Partei, die verspricht, daß der Einzelne mehr bekommt, ohne zu sagen, woher das kommen soll. Nur Eines wird demokratisch verhindert, daß die Stimmbürger selbst darüber abstimmen können.

Der Nichtwähler

Es ist das gute Recht, wenn der Bürger auf sein Recht verzichtet und nicht wählt. Nun, wir können über die Auswahlmöglichkeiten streiten, hier echte Verbesserungen einzuführen ist das Eine, das Andere ist, auch bei einer schlechten Wahlmöglichkeit dennoch auszuwählen.

Aber wer auf das Recht zu wählen verzichtet, der verzichtet auch auf das Recht Kritik über das Geschehen zu üben. Trotz des Nichtwählens wählt der Nichtwähler mit. Sicher nicht im Sinne des demokratischen Geistes, vielmehr im Geist der Duldung totalitären Denkens derer, die glauben, die Demokratie gehöre ihnen und sie hätten Ansprüche auf das Land und den Staat.

Es ist nun einmal so, daß der Nichtwähler nur auf sein Recht zu wählen verzichtet. Bedenken wir jedoch, wie viele Menschen keine Wahl zu wählen haben, dann könnte das Nichtwählen auch als Sarkasmus, Zynismus oder wie wir es auch immer bezeichnen wollen, betrachtet werden. Zumindest gegenüber jenen Menschen, die nun einmal keine Wahl haben.

Sehen wir den Nichtwähler von der Seite der verletzten Eitelkeit, dann könnte hier durchaus ein nachvollziehbares Verständnis aufgebracht werden. Sehen wir jedoch den Nichtwähler von der Seite des Bequemen, dann könnte hier durchaus nicht-demokratische Gesinnung zu Grunde gelegt werden. Sehen wir jedoch den Nichtwähler von der Seite des Verzweifelten, dann sieht die Sache schon völlig anders aus, denn, wie soll sonst der Protest gegen das geführt werden, was nicht den Vorstellungen des Nichtwählers entspricht?

Die Parteien sind unbelehrbar, nicht entwicklungsfähig und von sich mehr eingenommen, als jeder Narziß. Die Selbstüberschätzung der Parteien verdrießt die Menschen und deshalb ist es auch verständlich, wenn sich die Schar der Nichtwähler kaum

ändert, vielleicht sogar vergrößert. Nun, der Nichtwähler ist keineswegs auch zwangsläufig gegen die Demokratie, vielmehr fehlen ihm die Produkte, aus denen er oder sie auswählen wollen. Es liegt nur am Angebot, nicht am Willen des Nichtwählens.

Immer nur das Gleiche vorgesetzt zu bekommen, das sättigt das Verlangen danach. Abwechslung ist zwar ein Fremdwort, dessen Bedeutung derzeit bei den Parteien als politisch unkorrekt betrachtet wird, aber wenn irgendwann in der nahen oder ferneren Zukunft keine Wahl mehr möglich ist, wird Abwechslung zur guten alten Zeit als nostalgisches Erinnern an die Demokratie in den Köpfen der Menschen sich verankern.

Der Nichtwähler hat genauso seine Vorstellungen, die zwar nicht zur Wahl stehen, aber dennoch vorhanden sind. Nur, wie soll der Nichtwähler das wählen können, wenn sein Produkt nicht zur Wahl steht? Jedes Geschäft, in dem nur zwischen schlechten Produkten gewählt werden kann, wird früher oder später zu Grunde gehen, weil niemand mehr diese Produkte kaufen wird. Und genauso gilt dies für die Politik.

Aber daraus ergeben sich Fragen, die in der logischen Conclusio zu suchen sind. Denn das Verhalten der Parteien hat entweder den Zweck sich auf ein totalitäres System hin zu entwickeln oder es sind einfach nur die unfähigsten Personen, welche erst durch ihre Partei zu „Etwas“ geworden sind, die für die Nichtwähler den Ausschlag geben nicht zu wählen. Jedenfalls nützt der Nichtwähler wieder jenen Strömungen, die anscheinend niemand haben will, nur dem eigenen Willen bringt es keinen Nutzen.

Wie viele Menschen haben nicht die Wahl zu wählen? In Zahlen werden wir dies niemals erfassen können. Doch schon das Wissen darum, daß so viele Menschen nicht frei entscheiden können, was sie wollen und

wer für sie in die Richtung sie führt, daß für sie das Leben erträglich wird, macht den Nichtwähler bei uns zu einem demokratischen Menschenverächter.

Aber heute kommt noch dazu, daß starke Strömungen auf unsere Demokratie zukommen, die mit unserer Demokratie nichts gemein haben wollen, ja im Endeffekt unsere Demokratie irgendwann einmal abschaffen möchten. Wobei gesagt werden muß, wenn es sich um die Demokratie handelt, die wir heute haben und praktizieren, dann ist es verständlich und nachvollziehbar.

Nur diese Strömungen ersetzen unsere Demokratie keineswegs mit einer besseren Demokratie. Vielmehr sieht diese Strömung in der Demokratie für sich ein Feindbild, welches es zu bekämpfen gilt. Dies kann im Prinzip sehr gut mit der Weimarer Demokratie verglichen werden, durch welche Adolf Hitler, der Vergangene, an die Macht gekommen ist und sogleich die Demokratie abgeschafft hat, die ihn an die Macht gebracht hatte. Also dürfen wir niemals Hitler vorwerfen, er hätte sich gewaltsam an die Macht gebracht, sondern die Demokratie schaffte das, was Hitler mit Gewalt nicht erreicht hatte.

Kein totalitäres System ist nur durch Gewalt an die Macht gekommen, sondern immer durch das Demos, das Volk. Die einen Regime haben sich langsam demokratisch zum Ziel gebracht, die anderen mehr oder weniger schnell und mit Hilfe von Gewalt. Aber immer waren die demokratischen Strukturen die Steigbügel dafür.

Daher stellt sich die Frage, wenn wir heute aus der Demokratie einen Glaubensgrundsatz machen, wer achtet dann darauf, daß dieser Glaube erhalten bleibt? So sollten wir uns einmal vorstellen, wie es gewesen wäre, wenn in Spanien kein König vorhanden gewesen wäre und die Putschisten erfolgreich das Parlament außer Kraft gesetzt hätten? Wer von uns Superdemokraten wäre dem Volk der Spanier zu Hilfe geeilt? Wer hätte in Europa einen neuen Bürgerkrieg riskiert?

Wohl niemand von uns, aber das Maul hätten wir uns zerrissen.

Wir wissen Alle, daß die römische Kirche sich von jeder konservativ gebenden Diktatur angezogen fühlt, wie die Motten vom Licht. Ebenso steht dieser Kirche die reiche Oberschicht immer schon näher, als die Menschen „unten“. Daher wäre auch kein Widerstand durch die Kirche zu erwarten gewesen. Dieser Umstand erklärt auch Lenins Aussage über die Kirche in Russland, als er vom Opium fürs Volk sprach. Denn dort hatte die orthodoxe Kirche die Ansichten der Regierung von den Kanzeln verkündet, also sich als Instrument für die Politik brauchen lassen.

Aber gut, das ist Geschichte. Heute kennen wir die meisten und größten Fehler, die mit Demokratie gemacht wurden und werden. Nur wir lernen Nichts daraus, ob wir Nichts daraus lernen wollen, können oder sollen, dieser Frage sollen sich Andere annehmen. Tatsache ist, daß wir an der Demokratie selbst reifen könnten, wenn wir bereit wären zu lernen. In den meisten Ländern unserer Welt können die Menschen mit der Demokratie selbst zwar noch Nichts anfangen, zum Einen, weil sie keine Wahl haben, zum anderen, weil sie völlig andere Probleme haben, die ihre Existenz betreffen. Während wir eine Glaubensfrage aus der Demokratie machen. Als hätten wir nicht schon genügend andere Probleme zu lösen. Nur, wir können wählen.

Und in dieser Situation nicht wählen zu gehen, ist ein Hohn gegenüber jenen Menschen, die keine Wahl haben zu wählen.



Impressum:

Herausgeber: Burghard Ostertag
Adresse: Ardetzenbergstraße 2
A-6800 Feldkirch
Österreich

Email: mediendienst@a1.net